

Unverkäufliche Leseprobe aus:

**Götz Aly / Susanne Heim
Vordenker der Vernichtung
Auschwitz und die deutschen Pläne
für eine neue europäische Ordnung**

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
Die Politik der »Entjudung«	20
Pogrom und Rationalisierung	20
Modell Wien	30
Ein Modell macht Schule	39
Der Vierjahresplan	43
Der Blick nach Osten	59
Schwellenland Polen	62
Wirtschaftskrise und Antisemitismus	70
Deutsche Ostforschung, »Überbevölkerung« und »Judenfrage«	78
Bevölkerungsökonomie – der Aufstieg einer neuen Wissenschaft	89
Das Bevölkerungsoptimum	91
Die »Überbevölkerung« in der Sowjetunion	101
Von der Auswanderung zur »Ordnungsumsiedlung«	105
Krieg und Umsiedlung	111
»Auflösung der alten Ordnung«	111
Vertreibung und Eindeutschung	120
Umsiedeln im annektierten Westpolen	131
»Vernünftiger Gesamteinsatz«	140
Atomisierung und soziale Hierarchie	147
Planungsgebiet Auschwitz	153
»Wir haben Ungeheures geleistet!« – Ein biographischer Nachtrag	169

Herrenmensch – ein Lebensgefühl	172
Baedekers Generalgouvernement	172
Einberufung zum Osteinsatz	175
Tabula rasa	178
Emanzipation	182
Vernichtungswille	188

Das Generalgouvernement –

ein deutsches Aufbauwerk	192
»Bevölkerungswesen und Fürsorge«	192
Zusammenarbeit	203
Wirtschaftsaufbau	207
Hamburger Raubzüge	216
»Entjudung« und neuer Mittelstand	221
»Die Bevölkerungszahl wird herabgesetzt«	227
Der Anschluss Galiziens –	
Vernichtung als Voraussetzung	233

Pläne und Erfahrungen des Jahres 1940	241
Das Madagaskarprojekt	241
Die Morde an den deutschen Geisteskranken	249

Zwischenüberlegung	260
---------------------------	-----

Die Ökonomisierung der Ghettos	280
Lodz – Probleme des »zweckmäßigen Arbeitseinsatzes«	280
Warschau – »Der Wert eines Juden«	290

»Menschenüberschuss« im Großraum	311
Deutscher Führungsanspruch in der	
»Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft«	311
Südosteuropa	322
Großraumpolitik gegen Minderheiten	330

Der Krieg gegen die Sowjetunion und die Vernichtung von »zig Millionen« Menschen	340
Geplante Hungersnöte	341
Schonung des deutschen Steuerzahlers	351
Massenmord als Konsens	353
6000 tote Kriegsgefangene täglich	360
»Raumenge – Volksdezimierung«	364
Der Generalplan Ost	368
Planungshorizonte bis zur Krim	368
12,4 Milliarden Arbeitsstunden für den »Aufbau«	377
Massenmord und Geburtenkontrolle	381
»Umvolkung« und Selektion	394
Das Projekt Zamość	403
Nachträge	410
Ghettopolitik im Zeichen der »Endlösung«	414
»Abschiebung schon im nächsten Jahr«	414
Lemberg: Das Ende der »Produktivierung«	418
Die Wannseekonferenz	425
»Überbevölkerung« nach dem Beginn des Völkermords	438
Ergebnis	445
Chronologie – Versuch einer Periodisierung	456
Nachwort zur Neuauflage	475
Anhang	
Literaturhinweise	486
Verzeichnis der Abkürzungen	506
Personenregister	509
Institutionenregister	515
Ortsregister	521
Landkarte	526

Die Politik der »Entjudung«

Pogrom und Rationalisierung

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, der sogenannten Reichskristallnacht, fanden im ganzen Deutschen Reich Pogrome und Plünderungen statt. Als Vorwand dafür diente der Mord eines jungen Juden an einem deutschen Botschaftssekretär in Paris.

Die Ergebnisse des 9. November sind paradox: Der Höhepunkt des Radau-Antisemitismus war sein Ende und zugleich der Beginn von etwas Neuem, nämlich einer einheitlichen staatlichen Politik zur »Lösung der Judenfrage«. Mehr als 100 Tote, ungezählte Verletzte, 25 000 Verhaftete, mehr als 1000 zerstörte Synagogen, 7500 zerschlagene und ausgeraubte Geschäfte markierten den Beginn einer neuen Ära. An die Stelle von Boykott und Pogrom trat nun eine Politik, die immer konsequenter auf die »Endlösung« zusteuerte: Verfolgung und Diskriminierung wurden zur Aufgabe staatlicher Institutionen. Drei Tage danach, am 12. November, erörterten in einer entscheidenden, von Göring in aller Eile einberufenen Sitzung etwa 100 Minister und Experten bereits wesentliche Elemente der späteren Vernichtungspolitik: Dazu gehörten Enteignung, gesteuerte Verarmung, Ghettoisierung, das Tragen des gelben Sterns, Hungerpolitik, Zwangsauswanderung, Zwangsarbeit – und am Ende verwies Göring auf die Möglichkeit »einer großen Abrechnung«. Das Ergebnis dieser Sitzung war die »Generallinie der künftig einzuschlagenden Politik«.¹ Der vorgeblich spontane Volkszorn, der sich eine Nacht lang in Zerstörungslust, Plündererei und Mord hatte austoben können, wurde in ein langfristiges staatliches Konzept transformiert.

1 Wie Anm. 9.

Dass Göring diese Sitzung einberief, war kein Zufall. Seit 1936 oblag ihm als Beauftragtem für den Vierjahresplan die Koordination der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung. Zu diesem Zweck hatte er die Vierjahresplanbehörde eingerichtet, die aus einem kleinen hochqualifizierten Stab von Mitarbeitern bestand und in den Jahren 1937 bis 1941 eines der wichtigsten Machtzentren des nationalsozialistischen Staates war. Schon am 14. Oktober 1938 hatte Göring gefordert, »die Judenfrage müsse jetzt mit allen Mitteln angefasst werden, denn sie (die Juden) müssten aus der Wirtschaft raus«.²

Die Sitzung vom 12. November leitete er mit folgenden Worten ein: »Da das Problem in der Hauptsache ein umfangreiches wirtschaftliches Problem ist, wird hier der Hebel angesetzt werden müssen.« Weiteren Aufruhr und Krawall lehnte er ausdrücklich ab: »Meine Herren, diese Demonstrationen habe ich satt.« Schließlich würden sie nicht nur die Juden, sondern auch die Wirtschaft schädigen, die er – Göring – »in letzter Instanz« zusammenfasse.³ Er und die anderen Teilnehmer wollten auf dieser Sitzung endlich Taten sehen. Die Phase der Kompetenzabgrenzung und des Zögerns hatte ihres Erachtens lange genug gedauert. Göring: »Ich bitte die Ressorts inständig, nun aber Schlag auf Schlag die notwendigen Maßnahmen zur Arisierung vorzunehmen.« Beginnen sollten die regionalen Wirtschaftsverwaltungen mit dem, was der Bevölkerung die Absichten der Regierung am deutlichsten vor Augen führte, mit der Stilllegung und Arisierung der Einzelhandelsgeschäfte: »Zunächst«, so Göring, »gibt der Wirtschaftsminister bekannt, welche Geschäfte er überhaupt stilllegen will.« Es waren die meisten. Sie sollten bei der Arisierung

2 Besprechung im Reichsluftfahrtministerium vom 14. 10. 1938; abgedruckt in: IMG, Bd. 27 (1947), S. 163.

3 Soweit nicht anders angegeben, sind die folgenden Zitate aus dem Dokument 1816-PS des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses entnommen. Es handelt sich dabei um eine in einzelnen Teilen unvollständige stenographische Mitschrift der Sitzung vom 12. 11. 1938. Abgedruckt in: IMG, Bd. 28 (1947), S. 499–540.

von vornherein »ausscheiden«, also liquidiert werden. Nach demselben Prinzip sollte auch bei den kleineren und mittleren Fabriken verfahren werden. Zunächst galt es, so forderte Göring, folgende Fragen zu beantworten: »Welche Fabrik brauche ich überhaupt nicht? Welche kann man stilllegen? Kann man nichts anderes daraus machen? – Dann wird sie möglichst rasch abgeschrottet.« Arisierung bestand nicht in erster Linie in der Zwangsübereignung jüdischer Firmen an profitsüchtige »arische« Kapitalisten, sondern wesentlich in staatlich gesteuerter Stilllegung und Rationalisierung.⁴ So konnte die Krise dieser Jahre im mittelständischen Sektor der Wirtschaft – allein 1937 mussten im Deutschen Reich 90 000 »arische« Handwerksbetriebe Bankrott anmelden oder wurden geschlossen⁵ – in ihren sozialpolitischen Folgen abgemildert werden. Der Nutzen der »Arisierung« war so gesehen vor allem volkswirtschaftlich struktureller Natur. Göring forderte den Wirtschaftsminister denn auch auf, »in der Stilllegung der Geschäfte von vorneherein sehr weit, außerordentlich weit zu gehen«, denn es handle sich dabei um eine Aktion, die »sowieso« in der nächsten Zeit durchgeführt werden müsse, nämlich die »Umwandlung von nicht lebensnotwendigen Produktionsstätten in lebenswichtige«.

Das Stilllegungs- und Rationalisierungsprogramm verfolgte Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan mit dem alleinigen Ziel, die deutsche Wirtschaft für den kommenden Krieg vorzubereiten. Die Methoden allerdings, wie das im Einzelnen geschehen sollte, entwickelten die zuständigen Experten. Sie hatten im vor-

4 Die »Arisierungspolitik hatte vor allem die Funktion, die ökonomische Position des nichtjüdischen Mittelstands zu verbessern, indem sie ihn von der Konkurrenz befreite«. Bennathan, *Demographische Struktur der Juden* (1966), S. 125, 131.

5 Die Umschichtung in der deutschen Wirtschaft, in: *Politiken vom 28. 10. 1938; Jahrbuch des deutschen Handwerks 1938/39*, Berlin 1939, S. 16 (Dort wird der Rückgang des Gesamtbestands der Handwerksbetriebe für 1938 mit 11 Prozent angegeben, ein »zahlenmäßiger Verlust, der aber im Ganzen als leistungsmäßiger Gewinn zu buchen« sei.); Müller, *Entwicklung des Handwerks* (1938); Block, *Industrial Concentration* (1943).

angegangenen Halbjahr einschlägige Erfahrungen in Wien gesammelt. Dort war nämlich seit Mai 1938 – nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland im März – die Rationalisierung der Wirtschaft unter ständiger Beteiligung der Vierjahresplanbehörde in Angriff genommen worden: Das wichtigste Mittel war die Enteignung Zigtausender Juden und deren Verdrängung aus nahezu allen Wirtschaftssektoren. Diesen Prozess lenkten nicht etwa aggressive Antisemiten, sondern etablierte Wirtschaftsprüfer.

Im Sommer 1938 hatten die Wirtschaftsfachleute in Wien ein Konzept entwickelt, das die massive Rationalisierung der »rückständigen« österreichischen Wirtschaft mit der Liquidierung jüdischer Unternehmen verband. Politischer Repräsentant dieser Linie war der Wiener Minister für Wirtschaft und Arbeit, Hans Fischböck. Göring hatte ihn in den hektischen Stunden vor dem Anschluss Österreichs am 11. März 1938 höchstpersönlich eingesetzt⁶ und ebenfalls nach Berlin zitiert.

Dort entspann sich am 12. November der folgende, hier leicht gekürzte Gedankenaustausch:

»*Funk* (Reichswirtschaftsminister): Die entscheidende Frage ist: Sollen die jüdischen Geschäfte wieder aufgemacht werden müssen oder nicht?

Göring: Das hängt davon ab, wieweit diese jüdischen Geschäfte einen verhältnismäßig großen Verkehrsumsatz haben.

Fischböck: Wir haben darüber in Österreich schon einen genauen Plan, Herr Generalfeldmarschall (d. i. Göring)! Von den 12 000 Handwerksbetrieben sollten 10 000 endgültig gesperrt und 2000 aufrechterhalten werden. Von den 5000 Einzelhandelsgeschäften sollten 1000 aufrechterhalten, d. h. arisiert, und 4000 geschlossen werden. Das ist aufgrund von Untersuchungen für jede

6 Göring damals in einem Telefongespräch mit dem Wiener Gauleiter Odilo Globocnik: »Ich habe da noch vergessen: Fischböck! Fischböck muss also Handel und Wirtschaft bekommen. – Globocnik: Selbstverständlich, das ist doch ganz klar!« Die Mitschrift des Telefonats findet sich abgedruckt in: Hochverratsprozess gegen Dr. Guido Schmidt (1947), S. 461.

einzelne Branche nach den örtlichen Bedürfnissen abgestimmt, mit allen zuständigen Stellen erledigt und kann morgen hinausgehen, sobald wir das Gesetz bekommen, das wir im September erbeten haben, das uns ermächtigen soll, ganz allgemein ohne Zusammenhang mit der Judenfrage Gewerbeberechtigungen zu entziehen. Das wäre ein ganz kurzes Gesetz.

Göring: Die Verordnung werde ich heute machen!

Fischböck: Auf diese Weise könnten wir bis Ende des Jahres die gesamte nach außenhin sichtbare (jüdische) Geschäftswelt beseitigt haben.

Göring: Das wäre hervorragend!

Fischböck: Dann wären von 17000 Geschäften 12000 oder 14000 geschlossen und der Rest arisiert oder an die Treuhandsstelle übertragen, die dem Staat gehört.

Göring: Ich muss sagen: Der Vorschlag ist wunderbar. Dann würde in Wien, einer der Hauptjudenstädte sozusagen, bis Weihnachten oder Ende des Jahres diese ganze Geschichte wirklich ausgeräumt sein.

Funk: Das können wir auch hier machen.«

Mit »hier« meinte der Reichswirtschaftsminister das Altreich, vor allem Berlin. Bereits sechs Tage später, am 18. November, tagten die Spitzen der Berliner Wirtschaft in der Industrie- und Handelskammer, »um zu dem vordringlichen Problem des Ausschlusses der Juden aus dem Berliner Einzelhandel Stellung zu nehmen«.⁷

Die von den in Wien tätigen Wirtschaftsexperten geforderte Verordnung erschien am 23. November 1938 im Reichsgesetzblatt. Titel: »Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.« Absichtsvoll nannte der Text nicht die Arisierung als Ziel, sondern die Stilllegung. Paragraph 1, Absatz 1 lautete: »Einzelhan-

7 Die Säuberung des Berliner Einzelhandels, in: Wirtschaftsblatt der Industrie- und Handelskammer zu Berlin 36 (1938), Heft 32/33, S. 1611.

delsverkaufsstellen, Versandgeschäfte oder Bestellkontore von Juden sind grundsätzlich aufzulösen und abzuwickeln.« Alle Ausnahmen bedurften besonderer Genehmigung.⁸

In der zweiten Phase der Konferenz vom 12. November 1938 setzten sich die Teilnehmer mit den sozialen Folgen auseinander, die das nun »verschärfte Tempo« der wirtschaftlichen Existenzvernichtung mit sich bringen würde. Hier erst griff Reinhard Heydrich in die Debatte ein. Auch er konnte auf Wiener Erfahrungen zurückgreifen, genauer: auf die seines Mitarbeiters Adolf Eichmann, der ebenfalls an der Konferenz teilnahm⁹ und der es geschafft hatte, innerhalb von vier Monaten Zehntausende Wiener Jüdinnen und Juden zur Auswanderung zu zwingen:

»*Heydrich*: Bei allem Herausnehmen der Juden aus dem Wirtschaftsleben bleibt das Grundproblem letzten Endes immer, dass der Jude aus Deutschland herauskommt. Wir haben in Wien auf Weisung des Reichskommissars¹⁰ eine Judenauswanderungszentrale eingerichtet, durch die wir in Österreich immerhin 50000 Juden herausgebracht haben, während im Altreich in der gleichen Zeit nur 19000 Juden herausgebracht werden konnten.

Göring: Wie war das möglich?

Heydrich: Wir haben das in der Form gemacht, dass wir den reichen Juden, die auswandern wollten, bei der jüdischen Kultusgemeinde eine gewisse Summe abgefordert haben. Mit dieser Summe und Devisenzuzahlungen konnte dann eine Anzahl der

8 RGBL. 1938/1, S. 1642.

9 Fernschreiben des SD-Hauptamts Berlin an Stahlecker in Wien vom 11. 11. 1938; BAArch, R 58/486, Bl. 28. In dem Schreiben wird im Auftrag Heydrichs verlangt, Eichmann »sofort nach Berlin in Marsch zu setzen«, damit er am nächsten Tag an einer größeren Besprechung über die »künftig einzuschlagende Generallinie« gegenüber der jüdischen Bevölkerung teilnehme. Eichmann sollte dort seine Erfahrungen »zur praktischen Durchführung« mitteilen.

10 Es handelt sich um den Reichskommissar zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Josef Bürckel (siehe S. 31).

armen Juden herausgebracht werden. Das Problem war ja nicht, den reichen Juden herauszukriegen, sondern den jüdischen Mob.

Göring: Aber, Kinder, habt ihr euch das einmal überlegt? Es nützt doch auch nichts, dass wir vom jüdischen Mob Hunderttausende herauskriegen. Habt ihr euch überlegt, ob dieser Weg nicht letzten Endes so viele Devisen kostet, dass er auf die Dauer nicht gangbar ist?«

Heydrich schätzte daraufhin, dass die Zahl derer, die auf diese Weise noch zur Auswanderung gezwungen werden könnten, schnell auf maximal 8000 bis 10000 Menschen jährlich zurückgehen werde. »Es bleibt also«, fuhr er fort, »eine Unzahl Juden drin. Durch die Arisierungen und sonstigen Beschränkungen wird natürlich das Judentum arbeitslos. Wir erleben eine Verproletarisierung des zurückbleibenden Judentums.« Die Konferenzteilnehmer debattierten darüber, wie diese Menschen überhaupt leben sollten: ohne Existenzgrundlage und weitgehend isoliert, was »praktisch-organisatorisch zu einem Ghetto führen« und neue Probleme der Kontrolle und Ernährung aufwerfen würde. An diesem Punkt meldete sich der nationalkonservative Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk zu Wort:

»Das muss doch immer das Entscheidende sein, dass wir nicht das Gesellschaftsproletariat hierbehalten. Es wird immer eine Last sein, sie zu behandeln, die fürchterlich ist. Infolgedessen muss das Ziel sein, was Heydrich gesagt hat: heraus, was herausgebracht werden kann.«

Zu diesem Zeitpunkt stand allerdings schon fest, dass die Devisen, mit denen die Auswanderung finanziert werden müsste, nie aufzubringen wären. Der deutsche Export deckte weder die militärisch erwünschten Einfuhren wichtiger Rohstoffe noch die Lebensmitteleinfuhren, die 17 Prozent des deutschen Bedarfs betrug. Um trotz dieser außenwirtschaftlichen Lage so viele Juden wie möglich aus Deutschland zu vertreiben, beauftragte Göring am 24. Januar 1939 Heydrich damit, die Reichszentrale

Devisen

Um in anderen Staaten Aufnahme zu finden, brauchten diejenigen, die emigrieren wollten, Devisen, deren Ankauf aber streng begrenzt war. Obwohl die Auswanderung in dieser Phase staatlicherseits forciert wurde, war sie zugleich über die Devisenpolitik erschwert. Einer der Betroffenen schilderte dies so: »Die Geldfrage ist diese: für Kenia oder für Fidschi braucht man ›nur fünfzig Pfund‹. Der Kurs steht: Kenia zirka dreizehn, Fidschi zirka zehn. Man würde also ›normal‹ zum Kauf der Devisen brauchen: 650 oder 500 Mark. Diese Beträge wären aufzubringen, aber wenn man in Deutschland keine Devisen kaufen kann, muss man den Auslandskurs der Reichsmark anlegen: acht Pfennig! Dann kommt heraus: Kenia fünftausendzweihundert, Fidschi viertausend. Und wenn man gar diesen entweder ersteren oder letzteren Kurs nicht anlegen kann, weil man von der Behörde den Betrag nicht freibekommt, so kann man damit rechnen, ›nur acht Prozent vom Vermögen bewilligt‹ zu bekommen.

Man kann also noch zweiundneunzig Prozent mehr rechnen, die der deutsche Staat einstreicht!!! Also: ohne ein Bankkonto im Ausland oder ohne ausländische Gönner mit fünfzig Pfund Sterling ist eine Auswanderung so gut wie ausgeschlossen.« (Walter Tausk, Breslauer Tagebuch 1933–1940, Berlin 1977², S. 157f.) Die Möglichkeit, Devisen einzutauschen, wurde zusätzlich infolge Konferenz vom 12. November verringert, da dort beschlossen wurde, der jüdischen Bevölkerung Deutschlands eine »Sühneleistung« von einer Milliarde Mark aufzuerlegen. Das waren 15 Prozent des geschätzten Gesamtvermögens der deutschen Juden, bezogen auf das liquide Vermögen aber weit mehr.

für die jüdische Auswanderung zu bilden. Sie vereinigte alle beteiligten Behörden unter einem Dach und war nach Eichmanns Wiener Modell ein Instrument, das die Zwangsauswanderung verstärken und deren bürokratischen Ablauf steuern und vereinfachen sollte. Dabei war strikt auf »eine bevorzugte Auswanderung der ärmeren Juden« zu achten. Über die Arbeit der neuen Reichszentrale hatte Heydrich laufend an Göring zu berichten und »vor grundsätzlichen Maßnahmen« dessen Entscheidung einzuholen.¹¹

Zu Beginn der Konferenz vom 12. November hatte Göring gesagt, es komme darauf an, »den Juden aus der Wirtschaft heraus und in das Schuldbuch hineinzubringen«. Damit meinte er, den Juden die Verfügungsgewalt über ihre Vermögen zu entziehen und diese – ohne formelle Enteignung – in deutschen Staatsanleihen anzulegen. Klar war auch, welche Probleme für den Sozialetat beziehungsweise die Devisenbilanz sich daraus ergaben, wenn mehreren hunderttausend Menschen jede wirtschaftliche Existenz entzogen würde. Mit der Formulierung ihrer Ziele waren die Teilnehmer der Konferenz zunächst in neue Schwierigkeiten geraten. In dieser Situation deutete Göring eine »Lösung« an, die Perspektive der späteren Vernichtung: Wenn es in absehbarer Zeit zu einem außenpolitischen Konflikt, also zum Krieg, komme, so sei dies auch die Zeit, um »eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen«.

Es ist nur scheinbar widersinnig, dass Göring sich noch einmal Demonstrationen und Pogrome verbat und die Konferenzteilnehmer darauf einschwor, »ein für alle Mal jede Sonderaktion endgültig (zu) beseitigen«. Die Alternative zur »Aktion der Straße« war beschlossen: denn nun habe »das Reich die Sache in die Hand genommen«. Anfang 1939 zog der Stadtpräsident von Berlin Bilanz: In der Reichshauptstadt sei die Arisierung des Einzelhandels »erfreulich flott« vorangegangen. Obwohl nach dem 12. November ein »verschärftes Tempo« in der Arisierung einge-

11 Krausnick, Judenverfolgung (1965), S. 343.

setzt habe, sei es seiner Behörde gelungen, die Bewerber auf ihre fachliche Eignung hin zu überprüfen und branchenunkundige Nutznießer fernzuhalten. Die Industrie- und Handelskammer habe ihn dabei beraten. »Wenigstens hoffe ich«, so heißt es in dem »Sonderbericht über die Entjudung des Einzelhandels in Berlin« weiter, »dass die Ausschaltung von $\frac{2}{3}$ aller jüdischen Einzelhandelsgeschäfte (...) den alten deutschen Einzelhandel entlasten wird.«¹² Für jedes zur »Arisierung« zugelassene Geschäft habe es drei bis vier arische Bewerber gegeben. Auch in anderen Regionen des deutschen Reichs erzielten die zuständigen Wirtschaftsbehörden ähnliche Ergebnisse: In Düsseldorf wurden von 64 in Frage kommenden Geschäften zwei zur »Arisierung« zugelassen; von den 5822 Handwerksbetrieben, die im Altreich Juden gehörten, wechselten 345 den Besitzer: Alle anderen wurden geschlossen.¹³

Infolge von Enteignung und Berufsverboten und der Auswanderung jüngerer Familienangehöriger gerieten immer mehr Juden in die Abhängigkeit von öffentlicher Fürsorge. Das geschah auch deshalb, weil die jüdischen Wohlfahrtsvereine und -stiftungen ebenfalls enteignet wurden, also immer weniger in der Lage waren, für den Lebensunterhalt der zunehmend verarmten Menschen aufzukommen.

Drei Tage nach der Konferenz im Luftfahrtministerium kommentierte die Zeitung *Nieuwe Rotterdamsche Courant*: »Bei dem Mangel an Arbeitskräften dürfte es nicht lange dauern, bis man

12 Der Stadtpräsident der Reichshauptstadt Berlin, Sonderbericht über die Entjudung des Einzelhandels in Berlin, Berichterstatte: Regierungsrat Dr. Ernst Schaar; BArch, R 7/2170, Bl. 56–76. Nach einem Bericht des Berliner Lokalanzeigers vom 25. 1. 1939 hatten nicht nur zwei Drittel, sondern mehr als fünf Sechstel der Einzelhandelsgeschäfte jüdischer Eigentümer »zu bestehen aufgehört«, von 3750 blieben 600 übrig, die anderen waren »infolge eines fehlenden Bedürfnisses geschlossen worden«. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Deutschlandberichte (1938), S. 1178f.; (1939), S. 208 ff.

13 Wagner, Überführung jüdischer Betriebe in deutschen Besitz (1941), S. 237f.; Bennathan, Demographische Struktur der Juden (1966), S. 131.